

Weil das Thema zeitgeschichtlich außerordentlich wichtig für die Fragestellung ist, zitieren wir den Text als PDF. Verweise und alle Kommentare der Leserschaft lesen Sie, wenn Sie [Epochtimesplus](#) testen/abonnieren. Wir empfehlen [Epochtimesplus](#) ausdrücklich.

EPOCH TIMES

ANALYSE TV-DUELL WEIDEL GEGEN WAGENKNECHT

Bündnis zwischen AfD und BSW plötzlich denkbar, aber ohne Höcke

Nach amerikanischem Vorbild haben sich gestern Abend BSW-Chefin Sahra Wagenknecht und AfD-Chefin Alice Weidel live beim Privatsender WELT TV gesittet gestritten. Es ging um Wirtschaft, Migration, Israel, den Ukraine-Krieg und Weidels wunden Punkt: Björn Höcke. Welche Auswirkungen hat dieses TV-Gespräch auf die Politik in Deutschland?



Symbolbild: Alice Weidel und Sahra Wagenknecht am 09.10.2024 im TV-Duell.

Foto: diegograndi/iStock, Filip Singer Pool/Getty Images, John MacDougall/afp via Getty Images/Montage: Epoch Times

Von Tom Goeller | 10. Oktober 2024

Die großen Themen waren Migrationspolitik, die schwächelnde Wirtschaft, das angespannte Sozialsystem, die Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine. Laut Ankündigung von WELT-TV-Chefredakteur Jan Philipp Burgard, der das Rededuell moderierte, wollte der Sender außerdem in Erfahrung bringen: „Wer von beiden steht Putin denn nun am nächsten?“ Sahra Wagenknecht fügte auf dem Höhepunkt der Redeschlacht jedoch noch ein Thema hinzu: Wie hält es Alice Weidel mit dem vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuften AfD-Landesvorsitzenden von Thüringen, Björn Höcke?

Einstieg: Weidel lobt Wagenknecht

„Wir freuen uns beide auf dieses Duell“, begann Weidel konzilient und bescheinigte ihrer Kontrahentin, dass sie „eine erfahrene Politikerin“ sei. Wagenknecht erwiderte nüchtern, sie hoffe auf eine „sachliche Auseinandersetzung, die für die Wähler auch deutlich macht, wo die

Unterschiede liegen“. Sie setze sich für einen „fairen Umgang miteinander ein“, erwarte aber auch das Gleiche von Weidel, der sie umgehend vorwarf, sie habe sie im Vorfeld „als nützlichen Idioten und als Steigbügelhalter“ für die Traditionsparteien bezeichnet. „Das ist respektlos“, so Wagenknecht scharf.

„Überspitzte Sprache“

„Der Wahlkampf lebt von überspitzter Sprache“, relativierte Weidel die Zitate von Wagenknecht. „Die Menschen wollen einen politischen Wandel. Mit Ihnen wird kein politischer Wandel möglich sein“, ging Weidel zum Gegenangriff über. „Das zu sagen, ist nicht ehrabschneidend.“ Wagenknecht konterte: „Aber Sie wissen ja gar nicht, was wir in den Koalitionsverhandlungen besprechen.“ Man könne zum Beispiel sehen, „dass sich in der Friedensfrage etwas bewegt.“

Damit spielte sie offenbar auf einen Gesinnungswandel jener Ostpolitiker an, die mit dem BSW in Thüringen, Sachsen und Brandenburg koalieren möchten, jedoch von ihren Bundesparteispitzen ausgebremst werden. „Wir wollen eine aktivere diplomatische Rolle Deutschlands“, verkündeten kürzlich in einem gemeinsamen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer** (CDU), Brandenburgs Ministerpräsident **Dietmar Woidke** (SPD) sowie Thüringens CDU-Chef Mario Voigt und meinten damit einen Wandel in der Politik Deutschlands gegenüber der Ukraine. Genau dies fordert Wagenknecht und gab in der TV-Sendung bekannt: „Wir werden nur in eine Koalition eintreten, wenn sich signifikante Dinge verändern.“

Öl und Gas aus Russland

Der Moderator wollte indes wissen, was beide Politikerinnen in der Wirtschaftspolitik „anders machen würden“ und forderte, dass sie dazu drei Punkte nennen sollten. Weidel: „Deutschland krankt an der Ampel.“ Die deutsche Wirtschaft leide an der „desaströsen Energiepolitik der Bundesregierung. Die Preise für Elektrizität seien für Betriebe, die auf Strom angewiesen seien, zu hoch. Zudem sei die Ausbildung des „Humankapitals“ zu schlecht. Schließlich forderte sie eine Senkung der Steuern. „Diese grüne Politik darf nicht fortgeführt werden.“

Wagenknecht hingegen beklagte, „dass wir uns von preiswerter Energie abgeschnitten haben“, und meinte damit russisches Öl und Gas. Sie bezeichnete die ausgesetzten Gaslieferungen aus Russland als „irre Politik“, die nicht zugunsten von teuren amerikanischen und norwegischen Gaslieferungen fortgesetzt werden dürfe.

„Bin keine Kommunistin“

Auch sie beklagte eine „schlechte Bildung an Schulen“. Dies habe „mit der Corona-Pandemie und mit Migration zu tun“. Als dritten Punkt nannte die BSW-Chefin die „marode Infrastruktur“: Brücken, Züge, Abbau bei der Deutschen Bahn. Deshalb müssten Investitionen durch Kredite finanziert werden.

Vom Moderator aufgefordert nahm auch Weidel noch einmal Stellung und

...von Moderator vorgelesen, dann aber wieder ihren eigenen Standpunkt zum
ließ erkennen, dass sie Wagenknecht grundsätzlich zustimmte. Deutschland
weise innerhalb des Euroraums „das geringste Investitionsvolumen“ aus.
Denn der Staat gebe sein Geld „für etwas anderes aus“. Im Gegensatz zu
Wagenknecht glaube sie aber, dass die wirtschaftlichen Probleme „nicht über
Neuverschuldung“ zu lösen seien. Vielmehr schlage die AfD vor, bei
Sozialausgaben einzusparen. Insbesondere solle kein Bürgergeld mehr an
„Ausländer“ ausgezahlt werden, denn diese zahlten auch nicht in die
deutschen Sozialsysteme ein.

Auch Wagenknecht legte nach: Sie glaube aber, dass Bürgergeldstreichungen
nicht ausreichen, die Probleme zu beheben. Es bedürfe staatlicher
Investitionen. Die deutsche Wirtschaft werde „seit vielen Jahren auf
Verschleiß gefahren“. Jedes „seriöse Unternehmen“ finanziere sich mit
Krediten für Investitionen.

Hier schaltet sich der Moderator ein und unterstellte Wagenknecht, sie sei
eine Kommunistin. Wagenknecht empört: „Ich bin keine Kommunistin. Ich
bin für den Sozialstaat.“ Doch der Moderator ließ nicht locker und sprach sie
auf ihre Vergangenheit bei der „Kommunistischen Plattform“ innerhalb der
Partei „Die Linke“ an. Wagenknecht wiegelte ab. Dies sei längst
Vergangenheit.

Krieg im Nahen Osten

Weidel kritisierte, dass Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) „Israel-
Hasser zum Dinner einlädt“. Dies müsse „aufgearbeitet werden“. [Am 7.
Oktober war ein sogenanntes Geheimtreffen von Israelkritikern mit Baerbock
aufgrund eines Posts einer Teilnehmerin bekannt geworden.]

Die pro-palästinensischen Demonstrationen in Berlin und Frankfurt nannte
Weidel „schreckliche Krawalle“. Und: „Diese Menschen wären nicht mehr in
unserem Land, wenn wir in der Regierung wären. Israel kämpft gerade um
seine Existenz.“ Die Bundesregierung hingegen fördere UN-Hilfswerke, die
Palästinenser gegen Juden aufhetzten. „Wir lehnen das ab.“

Auch Wagenknecht fand: „Dieser Islamismus ist eine Gefahr.“ Sie kritisierte
jedoch: „Die AfD stellt sich einseitig auf die Seite [des israelischen
Ministerpräsidenten] Netanjahu.“ Dieser betreibe eine „barbarische
Kriegsführung“. Terror mit Terror zu bekämpfen, werde nicht funktionieren.
Deshalb setze sie sich für eine „Zweistaatenlösung“ ein.

Weidel ergänzte: Das, was am 7. Oktober 2023 passiert sei, gebe Israel „jedes
Recht, sich zu verteidigen“. Dennoch sprach auch sie sich für eine
„Zweistaatenlösung“ aus, bezeichnete die derzeitige Situation jedoch als
„verfahren“.

Wagenknecht ging weiter: Sie sprach sich gegen Waffenexporte an Israel aus.
Außerdem müsse Druck auf die israelische Regierung ausgeübt werden.
Weidel dazu: Deutschland sei „gar nicht in der Lage, Waffen zu liefern. Wir
sind ja nicht mal in der Lage zu unserer eigenen Landesverteidigung.“

Ukraine-Krieg: Schuld sei die NATO

„Der Krieg ist ausgebrochen, weil die Russen kein US-Militär an ihrer Grenze haben wollten“, stieg Wagenknecht in das Thema ein. Allerdings bezeichnete sie den Krieg Russlands gegen die Ukraine als „verbrecherisch“. Dennoch verteidigte sie Russland. Die russische Regierung habe stets deutlich gemacht, wo „die rote Linie ist“: Dann, wenn die Ukraine in der NATO wäre. Den Siegesplan des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj nannte sie „unrealistisch“. Die Ukraine werde „diesen Krieg nicht gewinnen können“. Als möglichen Ausweg nannte Wagenknecht den von China und Brasilien im Juni in der Schweiz vorgelegten Friedensplan, dem sich Deutschland anschließen könnte.

Weidel behauptete prompt: „Das sind AfD-Positionen“. Wagenknecht ging genervt dazwischen: „Das finde ich jetzt etwas billig.“ Doch Weidel ließ sich nicht irritieren, stimmte zu, dass der Krieg in der Ukraine „viel damit zu tun hat, dass es die NATO-Osterweiterung gab.“ Diese sei die „rote Linie“ für Moskau gewesen, wiederholte sie Wagenknechts Argumentation. Es handle sich hier um einen „Stellvertreterkrieg“ zwischen den USA und Russland. Daher müssten diese beiden Staaten sich an einen Tisch setzen und Frieden aushandeln.

Weidel pro Trump, Wagenknecht gegen Harris

Befragt zum US-Wahlkampf ums Weiße Haus, erklärte Wagenknecht, sie sei „froh, dass ich dort nicht wählen muss“, und prognostizierte, dass die Bewerberin der Demokraten, Kamala Harris, „den Krieg weiterführen wird“.

Weidel glaubt: „Trump wäre für Deutschland besser, obwohl er eine polarisierende Politik macht. Er hat als einziger Präsident in seiner Amtszeit keinen Krieg begonnen.“ Trump habe für die USA die Migration begrenzt und habe eine gute wirtschaftliche Bilanz vorweisen können.

Remigration: „Da wird mir übel“

Was Weidel genau unter Remigration verstehe, fragt Moderator Burgard die AfD-Chefin. Weidel: „Remigration ist ein Rechtsbegriff.“ Es blieb unklar, was genau sie damit meinte, denn die AfD-Politikerin setzte neu an und nannte die vormalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) „die erste grüne Kanzlerin, die geltendes Recht außer Kraft gesetzt hat“. Weidel zählte auf: das Dublin-Übereinkommen, das Asylgesetz, das Grundgesetz. All diese Rechtsgrundlagen habe Merkel gebrochen. „Und jetzt haben wir die Leute da.“ Asyl sei aber zeitlich begrenzt und „kein Vehikel für Einwanderung“. Wenn Herkunftsländer ihre Migranten nicht zurücknehmen wollten, müsse „man Druck machen“, etwa Entwicklungsgelder streichen.

Zwar sah auch Wagenknecht „ein echtes Problem“ in den hohen Migrationszahlen und forderte ebenfalls, Ausreisepflichtige zurückzuführen, „aber wie in Ihrer Partei darüber gesprochen wird, zum Beispiel von Herrn Höcke, der 20 bis 30 Millionen remigrieren will – da wird mir übel, bei diesen Ressentiments“, griff die BSW-Chefin Weidel an.

Bei Höcke wird Weidel stumm

Und dann ließ Wagenknecht nicht mehr locker. „Sie wissen, wer Herr Höcke ist. Sie haben 2017 einen Antrag unterschrieben, ihn aus der Partei auszuschließen, und heute machen Sie mit ihm Wahlkampf“, griff sie Weidel an. „Ich finde es nicht gut, dass Sie sich von diesen Menschen einspannen lassen, solchen Rechtsextremisten. Das ist auch Ihre Verantwortung, dass die immer größer geworden sind.“

Ob deshalb eine Koalition mit der AfD für das BSW tabu sei, wollte nun der Moderator wissen. Wagenknecht wich der Frage aus und legte stattdessen nach: „Wenn ich mir ansehe, was Höcke alles erzählt, dann will ich nicht, dass so jemand in unserem Land Macht bekommt“, bekräftigte Wagenknecht. Das würde Deutschland in einer Weise verändern, „bei der es mir graust“. Weidel: „Es interessiert mich überhaupt nicht, was ein Landesvorsitzender macht.“

Wagenknecht spürte den wunden Punkt Weidels und fuhr fort, aus einer Höcke-Rede zu zitieren, die sie „gruselig“ fand. Weidel schwieg. „Aber dann dürfen Sie doch mit so einer Partei nicht über eine Koalition nachdenken?“, fragte Moderator Burgard. Erneut ließ sich Wagenknecht nicht auf keine klare Aussage ein, sondern nannte die AfD „differenziert“. Nur mit Leuten wie Höcke möchte sie nicht koalieren.

Nach längerer Redepause erklärte Weidel, die erstaunlicherweise auf das Thema Höcke nicht vorbereitet schien: „Ich stehe ja hier und nicht Herr Höcke. Mir wird hier zu viel über ihn gesprochen. Er hat vor Gericht eine Strafe bekommen. Und jetzt können wir auch mal über Sie sprechen“, kehrte Weidel in den Angriffsmodus zurück und warf Wagenknecht vor, dass sie Kuba und Venezuela gut finde. „Das habe ich nie gesagt oder geschrieben“, empörte sich Wagenknecht reflexartig, gab aber kurz darauf zu, dass sie in den 90er-Jahren „solche Dinge aus Trotz gesagt habe, die ich heute aber für abenteuerlich halte“.

Gegenseitige Bewertung

Schließlich sollten sich beide Kontrahentinnen gegenseitig bewerten. Auf die Frage, für wie stark „rechts“ Wagenknecht die AfD-Chefin halte, sagte Wagenknecht, bei einer Skala von 1 bis 10 sehe sie Weidel bei 6. Nach Meinung Wagenknechts vertrete Weidel Positionen, die die AfD „mal bei ihrer Gründung eingenommen“ habe.

Weidel fand, dass „das Spektrum links und rechts ausgeleiert“ sei. „Ich finde an Frau Wagenknecht gut, wie differenziert sie ist. Sie ist sehr ausgewogen.“

Damit hatten sich beide Politikerinnen gegenseitig bestätigt, dass sie „differenziert“ seien.

Bröselt die „Brandmauer“?

„Ich finde es vernünftig und richtig, sich mit der AfD inhaltlich auseinanderzusetzen“, hatte Sahra Wagenknecht im Vorfeld gegenüber der „Deutschen Presse-Agentur“ (dpa) erklärt. Sie findet zudem, dass man „der AfD einen Gefallen“ tue, wenn man sich vor der Auseinandersetzung mit ihr drücke. Den von der CDU gestarteten Antrag im Bundestag auf ein AfD-

Verbotsverfahren nannte sie vor der TV-Sendung „den dümmsten Antrag dieses Jahres“. Er sei „vielleicht der dümmste Antrag dieser Legislatur“, ergänzte die BSW-Vorsitzende gegenüber der dpa.

Am gleichen Tag forderten laut des Magazins „Focus“ sechs ehemals wichtige CDU-Politiker in Sachsen in einem offenen Brief ihre Partei dazu auf, Gespräche mit der AfD aufzunehmen. Sie wiesen darauf hin, dass die CDU-Sachsen „Brückenbauer und keine Brandmauern“ brauche. Weiter heißt es: „Die CDU kann als Partei der Mitte auf Dauer nicht nur mit links von ihr stehenden Parteien zusammenarbeiten, ohne ihre eigene freiheitliche und marktwirtschaftliche Identität zu verlieren.“

Patt: Zwei erfahrene Politikerinnen

Das TV-Duell zeigte erwartungsgemäß zwei rhetorisch sehr gewandte Politikerinnen. Alice Weidel gibt zumindest nach außen hin in ihrer Partei den Ton an. Sahra Wagenknecht ist die Partei in persona, schließlich trägt das BSW ihren Namen: Bündnis Sahra Wagenknecht. Offenkundig wurde auch, dass Alice Weidel zu Beginn und mehrfach im Laufe des Gesprächs versuchte, gegenüber Wagenknecht charmant aufzutreten. So äußerte die AfD-Chefin mehrfach Sätze wie: „Was Frau Wagenknecht völlig richtig angesprochen hat ...“ Wagenknecht ging drauf zwar nie direkt ein, indem sie aber anders als alle anderen deutschen Parteien eine Koalition mit der AfD nicht ausschloss, war dies seitens Wagenknecht ein deutliches Entgegenkommen.

Theoretisch könnten beide Parteien – AfD und BSW – bei den nächsten Bundestagswahlen im September 2025 gemeinsam eine Regierungsmehrheit erreichen. Und damit die bisherigen vier selbstbewussten Traditionsparteien CDU, SPD, FDP und Grüne, die sich allesamt einer „Brandmauer“ gegen die AfD verschrieben haben, in die Opposition verbannen. Es wäre nicht die erste Überraschung, die AfD und BSW den Traditionsparteien bereiten würden.

☆ Dieser Artikel hat mich besonders interessiert!

EPOCH TV



Steinmeier gedenkt der Opfer des Hamas-Angriffs zum Jahrestag



Video: Demos zum Jahrestag des Hamas-Überfalls – über 2.000 Polizisten im Einsatz



Ein Blick auf die umstrittenen Wahlen in Venezuela und die Machthaber hinter den Kulissen: Joseph Humire

EPOCH VITAL





Starke Muskeln, starker Geist:
Krafttraining kann Psyche
helfen



**Kleiner Aufwand, große
Wirkung:** Wie 15 Minuten Sport
am Arbeitsplatz Wunder wirken



**Wie man einen ängstlichen
Geist beruhigen kann**

Kommentare

Liebe Leser,

vielen Dank, dass Sie unseren Kommentar-Bereich nutzen.

Bitte verzichten Sie auf Unterstellungen, Schimpfworte, aggressive Formulierungen und Werbe-Links. Solche Kommentare werden wir nicht veröffentlichen. Dies umfasst ebenso abschweifende Kommentare, die keinen konkreten Bezug zum jeweiligen Artikel haben. Viele Kommentare waren bisher schon anregend und auf die Themen bezogen. Wir bitten Sie um eine Qualität, die den Artikeln entspricht, so haben wir alle etwas davon.

Da wir die Verantwortung für jeden veröffentlichten Kommentar tragen, geben wir Kommentare erst nach einer Prüfung frei. Je nach Aufkommen kann es deswegen zu zeitlichen Verzögerungen kommen.

Ihre Epoch Times - Redaktion

Bitte anmelden, um zu kommentieren

Login

[Passwort vergessen?](#)

[>>> Hier klicken, um ein Konto zu öffnen. <<<](#)

Kommentare nach Zeit sortiert anzeigen

Martin Kienzle ([1304.433.1945](#)) - vor 1 Stunde

Ohne hier den Versuch zu unternehmen, Wagenknecht und Weidel zu diskreditieren: Ihre Äußerungen über Höcke geben ihren Neid dahingehend preis, ihm sowohl ethisch als auch intellektuell mitnichten ebenbürtig zu sein!

👍 0 | 0 🗨️ Antworten

ForYourEyesOnly ([1309.135.13114](#)) - vor 1 Stunde

CDU Merz strebt Neuwahlen für März 2025 an. Warum wohl? Er sieht gerade, wie sich verschiedene Politiker in Richtung Kanzlerschaft positionieren, aber auch ein Erstarken der AfD. Dem will Merz zuvorkommen. Und was bekommen wir dann? Mindestens CDU/Grüne oder sogar CDU/SPD/Grüne. Und was ändert sich dann für die Menschen im Land? Eigentlich nur, dass das Leben noch teurer wird, dass die Migration so weitergeht und dass der wirtschaftliche Totalschaden früher kommt.

👍 0 | 0 🗨️ Antworten

Stephan Andreas (251.7983.20) - vor 2 Stunden

Mir geht dieses Theater mit Höcke immer mehr auf die Nerven. Was hat der Mann denn bitte verbrochen?! Außer ganz wenigen aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, die meisten mehrere Jahre alt, und bewussten Falschinterpretationen seiner Positionen - man denke hier nur an die Remigrationslüge der Meinungsmanipulierer von Correctiv - haben die Höcke-Basher überhaupt nichts vorzuweisen. Auch Wagenknecht hat diesen Blödsinn wieder hervorgekramt - allein schon deswegen war ihr Auftritt miserabel - und Weidel hätte Höcke an dieser Stelle mit Vehemenz verteidigen müssen, was leider ausgeblieben ist.

Auch von sogenannten Liberalkonservativen - Musterbeispiele Prof. Norbert Bolz und Vera Lengsfeld, auch von verschiedenen Autoren der "Achse" - hört man allzu oft "aber der Höcke", wenn sie illustrieren

👍 6 | 0 🗨️ Antworten

Rasselpferd (1296.623.464) - vor 3 Stunden

Das mit der Remigration von 20...30 Mill. hat der Höcke so nicht gesagt, das ist einfach eine Falschbehauptung. Dazu hat Wagenknecht auch nicht die Wahrheit zu Ihren Aussagen über Castro und Venezuela, diese waren viel später, z.B. zu Castros Tod, der war 2016.

@ET sehr schöne Zusammenfassung, gut geschrieben.

👍 1 | 0 🗨️ Antworten

Augenarzt (325.7266.64) - vor 3 Stunden

Ich muss mir das Interview noch selbst anschauen. Aber die hier kolportierte Aussage, dass Höcke 20–30 Millionen remigrieren möchte, ist eine Falschaussage und zeigt, dass auch Wagenknecht sich nicht richtig informiert hat. Die 20–30 Millionen weniger, die Höcke angegeben hat, war die Remigration, sondern bezogen auf ein natürliches Schrumpfen der deutschen Bevölkerung um 20–30 Millionen weniger – und dann würde das Land auch noch funktionieren. Noch einmal zur Verdeutlichung, wenn ohne Immigration die hier natürlich vorhandene Bevölkerung aufgrund des Geburtenrückgangs schrumpft, das hat Höcke in der Rede gemeint. Es wird nur immer wieder böswillig anders dargestellt.

👍 3 | 0 🗨️ Antworten

EPOCH TIMES

🔍 Help Center

👤 Abonnement

📁 Spenden

Ticker Sonderberichte Epoch Bücher

Über uns

Help Center

Abonnement

Impressum

RSS Feeds

Datenschutzerklärung

CHINA

MEINUNG

WISSEN

Geschichte

Haus / Gar